

Rede zum Haushaltsentwurf 2009

Aschaffenburg, den 13.12.08

Es gilt das gesprochene Wort.

Zur Doppik

Nun liegt er also vor, der erste doppelte Haushalt.

- Dank an Kämmerer Schmitt und seine Leute
 - Für die gute Vorberatung und die Erläuterungen
 - andere Kämmerer wehren sich vehement
 - Bayern hat ja leider ein Schlupfloch gelassen, die Doppik zu umgehen
- Endlich ein Übergang von der Orientierung am Zahlungsfluß (Kameralistik) zur ergebnisorientierten Rechnungslegung
 - trotz der Besonderheit "Finanzhaushalt" und mancher Eigenheiten (z.B. fehlende Zinsabgrenzungen)
- habe selbst in früheren Berufsjahren in die Umstellung einer sehr großen öffentlichen Finanzdienstleisters in eine Bank begleitet und kenne die zahlreichen Klippen
 - v.a. bei Bewertungsfragen, deshalb Bilanz noch mal interessant
- Fast noch wichtiger aber ist die Änderung des Denkens
 - Auch bei uns im Kreistag/Kreisausschuß haben die Diskussionen in der Haushaltsberatungen gezeigt, daß vielfach noch nicht in Ergebnisgrößen, sondern immer noch in cash-flow-Größen gedacht wird
 - Vielleicht hat Kämmererei es fast zu gut damit gemeint, einen kamerale Version nochmals an die Hand zu geben
- Im Vergleich zur normalen doppelten Buchhaltung gibt es aber in der Doppik noch eine Besonderheit: den Finanzhaushalt
 - Das ist nicht nur eine Reminiszenz zur Kameralistik
 - sondern wegen Nicht-Rendite-Orientierung von öffentlichen Haushalten wichtig -> Hinweis auf Ausführungen zu Verschuldung/Zinsaufwand
- trotzdem habe ich noch einen Wunsch (die fleißigen Kollegen in der Kämmererei mögen mir das nachsehen): Konzernbilanz/-GuV
 - denn erst dann wird man richtig vergleichbar mit anderen
 - übrigens: bei einer umfassenden Erstellung von Konzernbilanz/-GuV und einer detaillierten Kosten-/Leistungsrechnung werden die zahlreichen Ausgründungen (Stadtwerke etc.) obsolet, hier z.B. RS Bessenbach, Abfallgesellschaft, Krankenhäuser
- Interessant wird auch noch die künftige Handhabung beim „Haushaltsausgleich“ sein:
 - Die frühere Vorgabe zum Haushaltsausgleich (Pflichtzuführung) gilt nicht mehr: „Überschuß des Verwaltungshaushalts muß mindestens die planmäßige Tilgung im Vermögenshaushalt decken“
 - Nur die Vorgabe, daß maximal 3 Jahre GuV negativ
 - Hier werden sich sicherlich von der Aufsicht her bald Regeln entwickeln, wie das im Detail zu handhaben ist

Zum Inhalt

Grundsätzliches

- Region Untermain ist der 4.stärkste Wirtschaftsraum in BY
- Das sollte man eigentlich (alternativ oder auch kumulativ) erkennen können:
 - am niedrigen Schuldenstand,
 - an besonderer Ausstattung von landkreiseigenen Vermögen (Schulen, Straßen, Krankenhäuser)
 - oder an freiwilligen Leistungen

Zum ersten und zweiten: vgl. unten

Zum dritten:

- sehr wenig, obwohl gerade hier oft mit geringen Mitteln (gering im Verhältnis etwa zu Investitionsmaßnahmen) viel zu erreichen wäre
- kein soziales Füllhorn gemeint, sondern zielgerichtete, am besten auch zeitlich befristete Maßnahmen, die die tatsächliche und gefühlte Lebensqualität in unserer Region erhöhen
- nicht nur Beratungsleistungen
- hier sollten wir überlegen, ob wir hier nicht die Lebensqualität und die Zufriedenheit der Bürger in unserer Region noch weiter verbessern könnten (wie gesagt: i.a. mit recht geringem finanziellen Aufwand)
- denn unsere Region steht in der Beliebtheitskala weit oben
 - es sind auch wieder Fortschritte erzielt worden
 - z.B. Behindertengerechtigkeit
 - zahlreiche Beratungsstellen (z.B. individuelle Seniorenberatung)
 - Ausbau Betreuung → weitere Personalstellen (1/2 Stelle im Amt für Kinder/Jugend/Familie)
 - aber sind durchaus noch Verbesserungen denkbar, z.B.
 - Erstellung eines Sozialatlanten, insbesondere
 - Hilfen zur Erziehung anbieten (die Praxis zeigt, daß zunehmend Eltern überfordert sind)
 - Versorgung mit DSL: jede Gemeinde macht für sich (Hinweis: rot/grün hatte – durch hervorragende Telekom-Lobbyarbeit – zugelassen, daß die Aktualisierungsklausel aus dem Gesetz gestrichen wurde)
 - Ausbau Touristik notwendig, wenngleich zahlreiche Broschüren etc. schon vorhanden

Verschuldung

- Schuldenstand
 - blieb in 2008 im wesentlichen unverändert: 51,3 Mio, trotz eigentlich geplanter Nettoneuverschuldung von 2,8 Mio
 - für 2009 ist eine Nettoneuverschuldung von 3,0 Mio geplant, also eine Nettoneuverschuldung
 - 5,3 Mio Kreditaufnahme
 - 2,3 Mio Kredittilgung
 - > Nettokreditveränderung 3,0 Mio
 - Zudem: 0,5 Mio Reduzierung liquide Mittel

- Wenn wir nun vom kameralistischen Zahlungsstrom-Denken zum doppischen Ergebnisdanken gehen, sei mir ein kleiner Exkurs erlaubt:
 - in ergebnisorientierten Unternehmen wird Zinsaufwand nur in Kauf genommen, weil erwartet wird, daß der finanzielle Ertrag der damit getätigten Investitionen höher als der Zinsaufwand sein wird
 - in unserem öffentlichen Haushalt aber ist mit einer Kreditaufnahme kein unmittelbar finanzieller Ertrag bzw. Aufwandsersparnis verbunden (abgesehen von Sparmaßnahmen (z.B. Energiesparmaßnahmen), die mit einer Anfangsinvestition verbunden sind)
 - in diesem Sinne sind unsere Ausgaben konsumptiv
- Das führt dazu, daß wir durch fortgeführten Schuldenstand einen Teil unserer Erträge für sachfremde Aufwände, nämlich Zins-Aufwände verwenden müssen, was auf Dauer den Zuwendungen für die Bürger entzogen wird
 - Kreditzinsen jährlich ca. 2,7 Mio
 - Das hat nichts damit zu tun, daß wir Aufgaben der Daseinsvorsorge zu erfüllen haben, aber bei einem geringeren Schuldenstand könnten wir das noch besser.
 - Wirtschaftlich gesprochen heißt das: der Verfügbarkeitsnutzen verursacht künftige Zinsaufwände, was der Generationengerechtigkeit widerspricht
- Deshalb sollte unser Ziel sein: wenigstens keine Bruttoneuverschuldung
 - Damit würden wir wenigstens durch die Kredittilgung unseren Schuldenstand zurückführen
 - Anregung für separaten Beschluß: falls Bezirks-Umlage sinkt oder Finanzausgleich besser, dann Kreditrückführung, nicht Ausgabenerhöhung
- Zum Einwand, der bereits im Vorfeld zu hören war, daß wir ohnehin weniger Schulden aufnehmen werden müssen als jetzt geplant
 - D.h. bewußter Planungsfehler (positiv gesprochen: „vorsichtige“ Planung)
 - Wenn wir also eine Nettoneuverschuldung ablehnen, könnten wir dem Haushalt zustimmen, da wir von "Planungsfehler" ausgehen können?
 - Die Formulierung zeigt: entweder möglichst genaue Planung („geistige Vorwegnahme künftigen Handelns“) oder gar keine, denn anders macht Planung keinen Sinn
- Zurück zum Schuldenstand:

Das Zurückführen des Schuldenstands ist leichter gesagt als getan; Überlegungen dazu:

 - Zahlreiche Verpflichtungen aus Vorjahr übertragen, können jetzt nicht gestoppt werden
 - Aber wir sehen es nicht als Aufgabe des Landkreises, Teil eines Konjunkturprogramms (im keynesianischen Sinne als antizyklische Nachfragepolitik) zu sein
 - denn "Konzept eines Konjunkturanschubs durch kreditfinanzierte Staatsnachfrage bleibt auf Dauer wirkungslos"
 - vielmehr sollte man in guten Zeiten sparen; und noch haben wir gute Zeiten (höhere Umlageergebnisse trotz eines konstanten Hebesatz)
 - evtl. ergibt sich auch eine Reduzierung der Ausgabenseite, weil wir wegen eines Rückgang des Baubooms bessere Angebote erhalten
 - Ein wesentlicher Punkt ist im Haushalt nicht angesprochen: Mögliche Sparkassen-Fehlbeträge führen mindestens zu einer Reduzierung unserer Beteiligungswerte, hoffentlich nicht zu einer Nachschußpflicht
 - Somit zwar Aufwand, aber keine Ausgabe und damit nicht unmittelbar relevant für Schuldenstand

Bildung

Hier seien nur wenige Aspekte herausgegriffen.

- Kooperationsmodell
 - Richtig ist: Aufwand derzeit nicht abschätzbar, deshalb Ansatz von 25 T€ sinnvoll
 - aber sehr bald zum Thema
 - da von FDP in Koalitionsvertrag eingebracht
 - entsprechende Detail-Vorschläge werden erarbeitet
 - Arbeitskreis im LFA Bildung der FDP Bayern, von Kaltenhauser geleitet
- Lob der Schulen
 - Recht gute Ausstattung
 - Kaltenhauser hat Vergleich als Vertreter des Elternbeirats des Spessatgymnasiums in der Landeselternvereinigung (LEV) der Elternbeiräte der Gymnasien Bayerns
 - Am Rande: auch daß Schulleiter innerhalb des Landkreises wechselt, kann man in diesem Sinne durchaus positiv deuten
- Bildung ist uns als Zukunftsinvestition wichtig, deshalb werden die entsprechenden Haushaltsansätze von uns begrüßt
- aber es gibt auch Verbesserungsmöglichkeiten, insbesondere:
 - erhebliche Geldbeträge sind im Jahresverlauf von den Eltern aufzubringen: Kopiergeld, Geld für Ausflüge/Fahrten, Geld für Bücher (Atlanten), spezielle Arbeitsmittel; als Vater kann ich ein Lied davon singen
 - Man unterschätzt die Notsituationen, in die Familien dadurch geraten können
 - Zwar können Hartz IV – Familien gemäß einem kürzlich ergangenen Urteil die Kosten für eine Klassenfahrt ersetzt bekommen
 - Aber knapp „darüber“ wird kaum eine Familie zugeben, daß man sich den Ausflug für das Schulkind eigentlich nicht leisten kann, sondern zähneknirschend und stillschweigend den geforderten Betrag beschaffen
 - Auch das trägt dazu bei, daß in Bayern eine hohe Korrelation zwischen sozialer Herkunft und Bildungsabschluß vorliegt
 - Hier sollten wir als Sachaufwandsträger anstreben, den Schulen ein entsprechendes und zweckgebundenes Budget zur Verfügung zu stellen
 - Ziel muß es sein, daß die Eltern möglichst ohne zusätzliche (verdeckte) Kosten und zahlreiche Geldsammelaktionen ihr Kind in die geeignete Schule schicken können

Krankenhaus

- laufende Kosten tragen sich: grundsätzlich erfreulich
- aber natürlich Gebäude-Finanzierungskosten nicht
- das aber hätte ein privater Unternehmer auch zu schultern, deshalb Vorsicht beim Vergleich
- auch hier wäre ggf. Konzernbilanz/-GuV hilfreich

Verwaltungsgebäude

- 500T€ in der Planung (für Neugestaltung des Eingangsbereichs, der Sitzungssäle und des Besprechungszimmers Landrat)
 - noch nichts beschlossen
 - scheint recht hoch
 - Beschränkung auf Energiesparmaßnahmen sollte ausreichen

Personal

- Hier fehlt mir der Überblick, ob wir besonders viel oder wenig Personal angestellt haben
- Als Randbemerkung: Hier hätten wir gerne gelegentlich einen detaillierten Vergleich der Personal-Schlüssel mit anderen Landkreisen (bei allen Einschränkungen und Annahmen, die für solche Vergleiche notwendig sind)

Zusammenfassung

- Planung auch sehr stark von Investitionen, v.a. von Straßenbaumaßnahmen geprägt
 - sicherlich notwendig, auch sollte bei bereits - und wenn auch nur in der Planung - begonnenen Maßnahmen nicht zwischendrin gebremst werden, was i.a. zusätzliche Kosten verursachen würde
 - aber wenn man die Dimensionen vergleicht: schon geringe Einsparungen – hier mal ceteris paribus gedacht – könnten anderswo (freiwillige Leistungen, laufende Schulkosten) erhebliche Möglichkeiten eröffnen
 - laufende Schulkosten (vgl. oben)
 - freiwillige Leistungen
 - auch wenn wir Liberale stets für die Erbringung durch Private plädieren, könnte man sich hier doch noch manches vorstellen, z.B. im sozialen/Jugend-Bereich
- Als Neuling in diesem Gremium erlauben Sie mir, meinen Eindruck widerzugeben:
 - Zu viele Muß-Projekte, um tatsächlich aktiv gestalten zu können

Fazit

- Wir gehen davon aus: tatsächlich keine wesentliche Bruttoneuverschuldung
- Unter diese Annahme stimmt die FDP-Fraktion dem Haushaltsplan 2009 zu.

Erratum vermutet in „Bedeutende Finanzdaten“, S. 6:

- Wechsellader Großostheim? Wohl Goldbach